



Bad Schwalbach, den 02.09.2019

Niederschrift

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	20/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 27. August 2019
Sitzungsbeginn	15:07 Uhr
Sitzungsende	19:26 Uhr
Ort	Großer Saal des Kurhauses Bad Schwalbach

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Klaus-Peter Willsch MdB	
------------------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

CDU Fraktion

Herr Staatsminister Peter Beuth MdL	
Herr Ali Emamalizadeh	
Frau Brigitte Grimm-Hessel	
Herr Günter Heckel	
Herr Alexander Hennrich	
Herr Christian Herfurth	
Herr Werner Koch	
Herr Jan Kraus	
Frau Andrea Kremer	
Herr Lothar Metternich	
Herr Volker Mosler	
Frau Petra Müller-Klepper MdL	
Herr Joachim Reimann	

Frau Dr. Alexia Schadow	
Herr André Stolz	
Herr Paul Weimann	
Frau Roubina Wendel	
Herr Thomas Zarda	
Herr Sandro Zehner	

SPD Fraktion

Herr Daniel Bauer	
Herr Sebastian Busch	
Herr Maximilian Faust	
Herr Klaus-Peter Güttler	
Herr Matthias Hannes	
Herr Georg A. Mahr	
Frau Wendy Penk	
Frau Tanja Pfenning	
Herr Martin Rabanus MdB	
Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Carsten Sinß	
Herr Winfried Steinmacher	
Herr Marius Weiß MdL	
Herr Thomas Wieczorek	

AfD-Fraktion

Herr Martin Bauer	
Herr Ulrich Fachinger	
Herr Matthias Finck	
Herr Klaus Gagel MdL	
Herr Christian Kessner	
Frau Andrea Mayer	
Herr Karl Mayer	

Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

Frau Miriam Deppe	
Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker	
Herr Walter Lieber	
Herr Günter Linke	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Klaus Stolpp	

FDP Fraktion

Herr Roland Hoffmann	
Frau Anna-Maria Linke-Diefenbach	
Herr Alexander Müller MdB	
Herr Stefan Müller MdL	

FWG Fraktion

Herr Hans-Josef Becker	
Herr Karl-Wilhelm Höhn	
Frau Inga Rossow	

Fraktion Die LINKE

Frau Petra Heimer	
Herr Benno Pörtner	

fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Klein	
----------------------	--

Kreisausschuss

Herr Alexander Bernstorff	
Herr Alexander Cornelius	
Herr Günter F. Döring	
Herr Dr. Herbert Koch	
Frau Monika Merkert	
Herr Dr. Clemens Mödden	

Frau Sabine Muth	
Frau Dorothee Nabrotzky	
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	
Herr Karl Ottes	
Herr Hans-Joachim Pirschle	
Herr Günter Retzmann	
Herr Hans Rodius	
Herr Thomas Schnell	
Herr Rainer Scholl	

entschuldigt

Herr Michael Barth	
Frau Helga Becker	
Herr Andreas Prokschy	
Herr Johannes Schura	

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann	
Herr Franco Matera	
Herr Dr. Christoph Zehler	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

KTV Willsch eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses mit Landrat Kilian an der Spitze, die Presse, die Gäste der Sitzung und die Verwaltung.

KTV Willsch teilt mit, dass in der AFD-Fraktion für das ausgeschiedene Mitglied Viktor Flor die Abgeordnete Andrea Mayer nachrückt.

KTV Willsch informiert, dass seitens der Pressestelle Fotos für die Homepage vom Kreistag gemacht werden sollen. Hierzu werden keine Bedenken geäußert.

KTV Willsch stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

KTV Willsch ruft die Niederschrift der Sitzung vom 18.06.2019 zur Genehmigung auf. Die Niederschrift vom 18.06.2019 wird einstimmig genehmigt.

KTV Willsch gibt Hinweise zum Terminplan 2020 der Gremiensitzungen (**Anlage 1 der Niederschrift**), der im Ältestenrat diskutiert wurde. Gegen den Terminplan 2020 erheben sich keine Einwände. Der Terminplan wird durch die Verwaltung an die Rathäuser der Kommunen im Kreisgebiet gesandt.

Zur Tagesordnung:

1. Gemäß den Empfehlungen der Ausschüsse werden die TOP III. 4, III. 6, III. 7, III. 11, III. 13, III. 15 und III. 21 in die Tagesordnung II überstellt. Im Verlauf der Aussprache über die Tagesordnung werden die TOP III. 19 und III. 20 ebenfalls in die Tagesordnung II überstellt. Weiterhin werden die TOP III. 1, III. 12 und III. 16 vertagt. Zurückgestellt werden vom Antragsteller die TOP III. 9 und im Verlauf der Debatte der TOP III. 10. Darüber hinaus wird TOP II. 15 auf Antrag in die TO III überstellt.
2. In der Tagesordnung II wird um getrennte Abstimmung der TOP II. 2 und II. 19 gebeten.
3. Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der entsprechende Änderungsantrag der AFD-Fraktion (**Anlage 2 und 3 der Niederschrift**) werden durch KTV Willsch aufgerufen. Abg. Mahr (SPD) spricht für die Dringlichkeit, Abg. Stolz (CDU) spricht gegen die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN, AFD und FWG
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FDP und 1 Fraktionsloser (FL)
Enthaltungen aus der LINKEN-Fraktion
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag erreicht nicht die notwendige 2/3 Mehrheit und wird mit Änderungsantrag Gegenstand der nächsten Kreistagssitzung.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP I.	DS	Tagesordnung I
TOP I. 1.	DS	Fragestunde

Landrat Kilian beantwortet mündlich die Kleinen Anfragen Nr. 09/19 bis 15/19 und stellt die Antworten als Anlagen zur Niederschrift zur Verfügung (**Anlagen 4 – 10 der Niederschrift**).

Eine Zusatzfrage der Abg. Rossow (FWG) zur Kleinen Anfrage Nr. 11/19 (**Anlage 11 der Niederschrift**) wird durch Verwaltung nachrichtlich (**Anlage 12 der Niederschrift**) beantwortet.

TOP I. 2. DS Bericht des Landrates

Landrat Kilian verweist auf seinen schriftlich vorliegenden Bericht (**Anlage 13 der Niederschrift**).

TOP II. DS Tagesordnung II

KTV Willsch ruft die Tagesordnung II zur Abstimmung auf und hier zunächst die TOP II. 2 und II. 19, die einzeln abzustimmen sind.

Die übrigen TOP der Tagesordnung II werden einstimmig beschlossen in der Fassung der Ausschüsse.

TOP II. 2. DS X/990 Prüfung von Bauschutt-/Erdaushubdeponien im Kreisgebiet auf Ablagerungskapazitäten

Die Vorlage wird bei

Enthaltungen aus der FDP-Fraktion
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei Enthaltungen aus der FDP**

Beschluss:

Es besteht kein Bedarf zur Schaffung von **neuen** Deponiestandorten für Bauschutt und Erdaushub im Rheingau-Taunus-Kreis. Die bereits begonnenen Gespräche mit der Betriebsleitung der Firma Goerg & Schneider, Betreiber der Kaolingrube in Aarbergen-Kettenbach, zur Schaffung **ergänzender** Deponiekapazitäten in einem Gemeinschaftsprojekt sollen unter Einbeziehung der Gemeinde Aarbergen fortgesetzt werden.

Die verfügbaren Datengrundlagen zur Abschätzung des Deponie-/Ablagerungsbedarf für die relevanten Fraktionen Bauschutt und Erd-/Bodenaushub zeigen für den Untertaunus einen vergleichsweise nur geringen Deponiebedarf bzw. geringen Bedarf an Ablagerungskapazitäten, der in der Größenordnung von bis zu max. 10.000 t/a abgeschätzt werden kann. Inwieweit sich zukünftig der Bedarf erhöht, kann hier nicht belastbar abgeschätzt werden.

**TOP II. 19. DS X/1063 Schlechte Bewertungen für das Helios-Krankenhaus in Idstein;
hier: Berichts Antrag Nr. 15/19 der LINKEN-Fraktion vom
30.07.2019**

Der Antrag wird bei

NEIN-Stimmen aus der FDP-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, ob und wenn ja wie die Ursachen für die schlechten Bewertungen des Idsteiner Helios Krankenhauses im Internet behoben worden sind.

TOP II. 1. DS X/985 Beteiligungsbericht 2017

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht 2017 zur Kenntnis.

TOP II. 3. DS X/1011 Trägerbericht für 2018 Nassauische Sparkasse ("NASPA")

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 4. DS X/1018 Änderung/Neufassung der Beteiligungsrichtlinie des RTK

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Das Inkrafttreten der geänderten/neu gefassten Beteiligungsrichtlinie des RTK zum 01.09.2019 wird beschlossen.
2. Die Änderung der Informationskategorie des EDZ von A zu B wird zur Kenntnis genommen.

TOP II. 5. DS X/1019 Halbjahresberichte von Beteiligungen gemäß Ziffer 4.3 der Beteiligungsrichtlinie

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die für die Beteiligungen vorgelegten Halbjahresberichte werden zur Kenntnis genommen.

TOP II. 6. DS X/1024 Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss)

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Nach erneuter Überprüfung des potentiellen Konsolidierungskreises für den Rheingau-Taunus-Kreis durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde die nachrangige Bedeutung der betroffenen Aufgabenträger gemäß § 112 Abs. 5 Satz 4 HGO in Verbindung mit § 53 GemHVO und den dazu erlassenen Hinweisen vom 22.01.2013 des HMdUS festgestellt. Daher wird für 2018 auf die Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss) verzichtet.

Die nachrangige Bedeutung ist jährlich anhand der erlassenen Hinweise zu § 53 GemHVO zu überprüfen.

TOP II. 7. DS X/1030 Prioritätenliste für den vereinseigenen Sportstättenbau im Rheingau-Taunus-Kreis 2019 ff.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Auf Empfehlung der Sportkommission wird die Prioritätenliste für den vereinseigenen Sportstättenbau 2020 und Folgejahre wie folgt beschlossen und dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport vorgelegt:

Verein	Vorhaben	Baukosten- summe	Listen- platz gem. Prioritäten liste 2020 ff	Voraussicht- liche Förderung im Jahr lt. Prioritätenliste 2020 ff
SG 1924 Laufenselden e.V.	Umbau des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz	ca. 400.000,00 €	1	2020
TSV Engenhahn 1977 e. V.	Anbau einer 1-Feldhalle an best. Funktionsgebäude	680.000,00 €	2	2021
SV Langenseifen 1963 e. V.	Umbau des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz	381.000,00 €	3	2022
TUS Huppert 1950 e. V.	Umbau des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz	450.000,00 €	4	2023
SC 1928 Daisbach e.V.	Umbau des Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz	446,500,00 €	5	2024
Spvgg 1922 Eltville e. V.	Erweiterungsbau an das bestehende Vereinsheim	120.000,00 €	6	2025
TC "Rot-Weiß" e.V. Bad Schwalbach	Sanierung der vorhandenen Tennisplätze	58.000,00 €	7	2026
TC "Blau-Weiß" 1976 Hattenheim	Sanierung der vorhandenen Tennisanlage	120.000,00 €	8	2027
TC Kiedrich 1977 e. V.	1. BA: Neubau von 4 Tennisplätzen (Sandplätze) und eines Vereinsheimes	730.000,00 €	9	2028

	2. BA: Neubau von 2 Tennisplätzen (Kunstrasen)			
FC Oestrich	Neubau eines Sportplatzes mit Kunstrasenbelag	k.A.	10	2029
SG Meilingen	Umbau des Rasenplatzes in einen Kunstrasenplatz	400.000,00 €	11	2030
Tennisclub Geisenheim-Marienthal e.V.	Generalsanierung von 8 Tennisplätzen, Dachsanierung des Vereinshauses und Sanierung der Zäune	240.000,00 €	12 (neu)	2031

TOP II. 8. DS X/1031 Sozialer Wohnungsbau und Eigenkapitalquote der kwb. hier: Stellungnahme der Verwaltung zum Berichts Antrag Nr. 11/19 der SPD-Fraktion vom 22.05.2019

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 9. DS X/1032 Gewinnausschüttung der NASPA. Stellungnahme der Verwaltung zum Berichts Antrag Nr. 09/19 der SPD-Fraktion vom 22.05.2019

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 10. DS X/1035 Ergänzung zum Antrag Nr. 11/19 Anfrage der FDP Kreistagsfraktion vom 25.02.2019 zu Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP II. 11. DS X/1040 Intensivstation der Helios-Klinik Idstein
hier: Berichts Antrag Nr. 30/18 der Fraktion DIE LINKE**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP II. 12. DS X/1042 Unterrichtung gem. § 100 Abs. 1 HGO i.V.m. § 52 Abs. 1 HKO
über die Leistung von über- und außerplanmäßigen
Aufwendungen und Auszahlungen**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die in der Anlage aufgelisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2018, für die der Landrat gemäß § 100 HGO i.V.m. § 52 Abs. 1 HKO bereits seine Zustimmung erteilt hat, wird zur Kenntnis genommen.

**TOP II. 13. DS X/1045 Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften, Berichts Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 7. Mai 2019**

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 14. DS X/1053 Sachstand Umsetzung Wohnungsbaustrategie

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP II. 16. DS X/1054 Kosten Machbarkeitsuntersuchung Aartalbahn von Bad

**Schwalbach nach Wiesbaden;
hier: Berichtsantrag Nr. 12/19 der LINKEN-Fraktion vom
25.07.2019**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten wie hoch die Kosten wären, die vom Rheingau-Taunus-Kreis für die Erstellung einer Machbarkeitsuntersuchung zur Reaktivierung der Aartalbahn zwischen Bad Schwalbach und Wiesbaden Hbf getragen werden müssten?

**TOP II. 17. DS X/1059 Die Bundeskanzlerin beim Wort nehmen- Wann kommen die Elektro -Ladestationen?;
hier: Berichtsantrag Nr. 13/19 der SPD-Fraktion vom 29.07.2019**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten,

1. wie viele E- Ladestationen es im RTK gibt (Bitte nach Kommunen aufschlüsseln)
2. wie viele E-Ladestationen in den Kommunen neu gebaut werden sollen
3. ob es bei der Installation Absprachen zwischen den Kommunen gibt
4. wer die Kostenträger sind (z.B. Energieversorger, Automobilindustrie, E-Fahrzeugkäufer)
5. ob es Subventionen gibt und wenn ja, wo,
6. ob E-Ladestationen auch an P + R- Plätzen oder Busendhaltestellen installiert werden
7. ob E-Ladestationen verstärkt in den Tourismusorten im Rheingau und im Untertaunus installiert werden
8. ob die Stromnetze verstärkt werden müssen
9. ob es unterschiedliche Tarife der Stromanbieter pro Kw/h gibt.

TOP II. 18. DS X/1060 Vorfinanzierung in Rechnung gestellter Beiträge durch ProJob;

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Dem Vernehmen nach zahlt das Bundesverwaltungsamt an ProJob für erbrachte Leistungen die in Rechnung gestellten Beträge mit erheblicher zeitlicher Verzögerung aus. Es soll sich um 6-stellige Beträge handeln, die von ProJob vorfinanziert werden müssen.

Der Kreisausschuss wird um Mitteilung gebeten,

- ob der Sachverhalt zutrifft
- ob das Bundesverwaltungsamt Zinsen zahlt, so wie es die Finanzverwaltung tut
- welche Möglichkeiten der KA für eine zeitnahe Begleichung der Rechnungen sieht
- ob es bei anderen Bundes- oder Landesorganisationen ähnliche Probleme gibt.

**TOP II. 20. DS X/1064 Planungsstand für den Umzug der Psychosomatik von Wiesbaden nach Bad Schwalbach;
hier: Berichtsantrag Nr. 16/19 der LINKEN-Fraktion vom 30.07.2019**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten wie der Planungsstand ist und wann mit dem Abschluss der Planungen für den Umzug der Psychosomatik von Wiesbaden nach Bad Schwalbach zu rechnen ist.

**TOP II. 21. DS X/1066 Sachstand der Umsetzung des Digitalpaktes an den Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis;
hier: Berichtsantrag Nr. 17/19 der FDP-Fraktion vom 30.07.2019, eingegangen am 31.07.2019**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten:

1. Wann ist die Umsetzung des Digitalpaktes zu erwarten?
2. In welcher Höhe werden dafür Mittel bereitgestellt?
3. Wie hoch ist dabei der Eigenanteil des Kreises?
4. Wie gestaltet sich die Arbeitsteilung beim Digitalpakt Schule zwischen Land und Kommunen?
5. Hat sich der Rheingau-Taunus-Kreis schon auf schulübergreifende Ziele festgelegt?
6. Wann und unter welchen Voraussetzungen können Schulen Fördermittel aus dem Digitalpakt beantragen?
7. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung der Schulen ist eine leistungsfähige Infrastruktur. Wie ist der Stand des Glasfaser-Ausbaus an den Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis?

**TOP II. 22. DS X/1068 Telenotarzt;
hier Berichtsantrag Nr. 18/19 der CDU-Fraktion vom 31.07.2019**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, wie das Konzept „Telenotarzt“ in Bezug auf den Netzausbau im Rheingau-Taunus-Kreis zur Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur umgesetzt werden kann.

TOP II.23. DS X/1043 eGovernment (Kapazitäts- und Kostenplanung)

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP III. 4. DS X/1046 Berichterstattung Konsolidierungskonzept und Plan-Ist-Vergleich zum 30.06.2019

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt den Bericht über den Umsetzungsstand des Haushaltssicherungskonzeptes zur Kenntnis.
2. Der Kreistag nimmt die Berichterstattung der Plan-Ist-Zahlen zur Haushaltssituation des Rheingau-Taunus-Kreises per 30.06.2019 zur Kenntnis.

TOP III. 6. DS X/1049 Beitritt des Rheingau-Taunus-Kreises zum 115-Verbund (Behördenrufnummer)

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis tritt dem 115-Verbund (Behördenrufnummer) bei.
2. Die Bereitstellung des 115-Services erfolgt auf Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß Anlage 1, die der Kreis selbst und die teilnehmenden Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Service-Center „Metropolregion Rhein Neckar“ abschließen. Die jeweiligen Rechte und Pflichten ergeben sich aus der Vereinbarung.
3. Zur Vereinfachung des Ablaufs wird der Landrat ermächtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung sowie die „Charta für den 115-Regelbetrieb“ für den Beitritt zum 115-Verbund zu unterzeichnen.
4. Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die Stadt Taunusstein auf eigene Kosten für den Zeitraum der anfänglichen Koordination (ca. 3 Monate) eine Mitarbeiterin mit halber Stelle bereitstellt, die die Koordination zwischen dem Service-Center und dem Kreis sowie den teilnehmenden Kommunen übernimmt.
5. Die Behördennummer 115 soll möglichst ab dem 01.11.2019 für Auskünfte zu Services der Kreisverwaltung erreichbar sein.

TOP III. 7. DS X/1051 Übernahme der Dienstherreneigenschaft des KGRZ durch die

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss stimmt der Übernahme der Dienstherreneigenschaft des KGRZ Wiesbaden i.L. (KGRZ) ab 01.01.2020 auf Basis der anliegenden Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden (WI) und dem KGRZ zu.
2. Der Kreistag stimmt, vorbehaltlich der Zustimmung des Kreisausschusses, der Übernahme der Dienstherreneigenschaft des KGRZ Wiesbaden i.L. (KGRZ) ab 01.01.2020 auf Basis der anliegenden Vereinbarung zwischen WI und dem KGRZ zu.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass nach Abschluss der Übernahme durch WI die endgültige Liquidation des KGRZ erfolgen wird.

TOP III. 11. DS X/928 Kostenfreies Busticket für Kreisbedienstete; Berichts Antrag Nr. 31/18 der SPD-Fraktion, hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP III. 13. DS X/1012 Ultranet-Trasse Abschnitt D im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 22/19 der FDP-Fraktion vom 04.06.2019

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises fordert die Fa. Amprion und die Bundesnetzagentur auf, im Rahmen der Bundesfachplanung und Planfeststellung für die Ultranet-Trasse im Abschnitt D alle fachlichen und rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, die vorgeschlagenen Alternativtrassen der im Rheingau-Taunus-Kreis betroffenen Städte und Gemeinden Hünstetten, Idstein und Niedernhausen zu realisieren. Hierbei sind auch die außerhalb des bestehenden Trassenkorridors verlaufenden Verlegungsvorschläge unter der Prämisse zu prüfen, dass das Gemeinwohl größerer Wohngebiete Vorrang erhält.

Der im aktuellen Vorplanungsverfahren genannten Prämisse, dass die jeweilige Zustimmung

der neu von einer Teilverlagerung der Gesamttrasse betroffenen Grundstückseigentümer schriftlich bis zum 20.6.2019 vorliegen muss, und diese Zustimmung in sehr kurzer Zeit von den Städten und Gemeinden zu erwirken ist, wird ausdrücklich sowohl im Hinblick auf den engen Zeitablauf als auch vom Verfahren her widersprochen. Der Vorhabenträger Amprion führt die Planungen durch und sollte somit auch mit allen gebotenen rechtlichen Mitteln auf die Genehmigungen hinwirken.

**TOP III. 15. DS X/1056 Begrünte Dächer und Barrierefreiheit für Bushaltestellen;
hier: Antrag Nr. 24/19 der SPD-Fraktion vom 29.07.2019**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der KA wird gebeten, die RTV zu bitten, mit Nachdruck das Projekt „Barrierefreie Bushaltestellen“ mit den Kommunen des Rheingau Taunus Kreises voranzutreiben, da die Bushaltestellen bis 2022 faktisch barrierefrei sein sollen.

Verbunden damit soll das Projekt „Begrünte Bushaltestellen für Artenvielfalt“ mit den Kommunen geprüft werden.

**TOP III. 19. DS X/1069 Masterplan Sicherung Gesundheitsregion Rheingau-Taunus;
hier: Antrag Nr. 28/19 der CDU-Fraktion vom 31.07.2019**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss auf Basis des erstellten Gutachtens zur Gesundheitsversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis (Versorgungsgutachten) vom 21. Dezember 2018 und den darin empfohlenen Maßnahmen nach Einstellung eines Gesundheitskoordinators, einen Masterplan zu erstellen, welcher die gutachterlichen Maßnahmen priorisiert und anhand von Umsetzungsmöglichkeiten sowie Fördermöglichkeiten für den Rheingau-Taunus-Kreis betrachtet, damit die Versorgungssituation im Rheingau-Taunus-Kreis kurzfristig wie auch langfristig stabil bis verbessert werden kann.

TOP III. 20. DS X/1070 Einführung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten; hier: Antrag Nr. 29/19 der CDU-Fraktion vom 26.07.2019, eingegangen am 31.07.2019

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis setzt zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten ein.
2. Der Kreisausschuss wird gebeten, §2 Mitglieder der Geschäftsordnung der Teilhabekommission für den Rheingau-Taunus-Kreis um den ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Rheingau-Taunus-Kreises zu ergänzen.

TOP III. 21. DS X/1071 Resolution Beseitigung Bahnübergang B42; hier: Antrag Nr. 30/19 der CDU-Fraktion vom 22.07.2019, eingegangen am 31.07.2019

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag stellt sich bzgl. des Problems der Beseitigung des Bahnübergangs B 42 an die Seite der Stadt Rüdesheim am Rhein sowie der betroffenen Anrainerkommunen im Rheingau. In diesem Zusammenhang stellt der Kreistag fest, dass die derzeit in der Machbarkeitsstudie vier untersuchten Varianten eine kurzfristige Lösung des Problems sind, allerdings die Beseitigung des Güterverkehrs aus dem Mittelrheintal eine optimale Lösung darstellt.
 - 1.1 Die derzeit in der Machbarkeitsstudie untersuchten „kurzfristigen“ Varianten von einer Ober- bzw. Unterführung der B 42 dürfen den geltenden UNESCO-Welterbestatus nicht gefährden.
 - 1.2 Der Kreistag ist der Auffassung, dass die Beseitigung des Bahnübergangs B42 beschleunigt vorangebracht und vor Beginn der BUGA im Jahr 2029 durchgeführt und abgeschlossen sein muss.
 - 1.3 Im Rahmen der Bauzeit einer möglichen Variantenrealisierung ist darauf hinzuwirken, dass eine Vollsperrung der B 42 und damit eine wirtschaftliche Schädigung des Stadtteils Assmannshausen sowie der Stadt Lorch soweit wie möglich vermieden werden.
2. Der Kreistag bekräftigt sein Votum und bittet den Kreisausschuss, sich weiterhin für eine langfristig und nachhaltig tragbare Situation durch eine alternative Güterverkehrstrassenführung ohne Belastung eines anderen Kreisteils einzusetzen.

TOP III.	DS	Tagesordnung III
TOP III. 2.	DS X/1029	Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Fachinger (AFD) mit der Bitte um getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte, Rossow (FWG) und Landrat Kilian.

KTV Willsch ruft sodann die einzelnen Punkte in der Fassung des HFA zur Abstimmung auf.

Punkt 1 wird einstimmig beschlossen.

Punkt 2 wird bei Enthaltungen der AFD-Fraktion einstimmig beschlossen.

Punkt 3 wird bei NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

- Die Ausführungen der Verwaltung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007 werden zur Kenntnis genommen.
- Der Fortschreibung des Masterplans demografischer Wandel für den Rheingau-Taunus-Kreis wird zugestimmt.
- Einem Bürgerbeteiligungsverfahren gemäß dem Strategiepapier Bürgerbeteiligung im Rheingau-Taunus-Kreis, DS X/885, Verfahrenstyp III Crossmediale Bürgerbeteiligung, wird zugestimmt.

TOP III. 3.	DS X/1033	Vorschlagsliste für das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) 2020 ff.
--------------------	------------------	---

Landrat Kilian erläutert die Vorlage und bittet um folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages:

„Sollte die Gemeinde Niedernhausen im Jahr 2019 erfolgreich einen Antrag stellen können, wird 2020 die Gemeinde Schlangenbad auf Listenplatz 2 rücken.“

Mit dieser Ergänzung wird die Vorlage sodann einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Vorschlagsliste für das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) wird wie folgt aufgestellt und dem Hessischen Ministerium des Innen und für Sport unter dem Namen „Vorschlagsliste für das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) RTK 2020“ vorgelegt:

Antragsteller	Vorhaben	Baukosten	bisheriger Listenplatz	Listenplatz gem. Vorschlagslist e 2020
Hochschulstadt Geisenheim	Sanierung Rheingau-Bad	ca. 2.900.000 €	1	(wurde zur Antragsstellung aufgefordert)
Gemeinde Niedernhausen	Sanierung des Waldschwimmbad es Niedernhausen	ca. 2.100.000 €	2	(wurde zur Antragstellung aufgefordert)
Stadt Rüdesheim	Sanierung Asbach-Bad	ca. 2.200.000 €	3	1
Gemeinde Aarbergen	Sanierung des Passavant- Waldschwimm- bades	n.n.	4	(wurde zur Antragsstellung aufgefordert)
Gemeinde Schlangenbad	Sanierung Thermalfreibad Schlangenbad	ca. 740.000	neu	2

Sollte die Gemeinde Niedernhausen im Jahr 2019 erfolgreich einen Antrag stellen können, wird 2020 die Gemeinde Schlangenbad auf Listenplatz 2 rücken.

TOP III. 5. DS X/1048 Forderungen der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Schulwettbewerbs "Klasse Klima: Fridays for Future im RTK"

Zur Beratung liegen folgende Anträge vor:

- Änderungsantrag der AFD vom 23.08.2019 (**Anlage 14 der Niederschrift**)
- Änderungsantrag von CDU und FDP vom 27.08.2019 (**Anlage 15 der Niederschrift**)

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Pfenning (SPD) mit Bericht aus dem JUBIS,

Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Linke (GRÜNE) mit Bericht aus dem HFA, Gagel (AFD) mit Begründung des Änderungsantrages und dem Verzicht auf die Punkte 1 – 3 des Änderungsantrages, Rossow (FWG), Pörtner (LINKE), Landrat Kilian, Sinß (SPD), KB Merkert, Lieber (GRÜNE), Stolz (CDU), Klein (FL), Müller, St. (FDP) und Kluge-Pinsker (GRÜNE).

Auf der Grundlage der HFA-Empfehlung werden folgende Anträge abgestimmt:

Der Antrag der AFD-Fraktion, hier Punkt 4 des Antrages, wird bei

JA-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag von CDU und FDP wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Mündlich beantragt die FDP-Fraktion nach Satz 1 in Punkt 3 wie folgt einzufügen:

„Welche Forderungen umsetzbar sind, wird im Vorfeld im JUBIS und im EUKA diskutiert.“

Der Antrag wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU und FDP und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Auf Antrag des Abg. Linke (GRÜNE) werden sodann die Punkte 1 – 4 des geänderten Beschlussvorschlages einzeln abgestimmt.

Punkt 1 wird einstimmig beschlossen.

Punkt 2 wird einstimmig beschlossen.

Punkt 3 wird bei Enthaltungen aus der FDP-Fraktion einstimmig beschlossen.

Punkt 4 wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD, Grünen und LINKEN und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Das Ergebnis des diesjährigen Schulwettbewerbs „Klasse Klima-Fridays for Future im RTK“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Kreistag dankt den Schülerinnen und Schülern für ihren Einsatz und ihr Engagement.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die umsetzbaren Forderungen der Schülerinnen und Schüler aufzulisten, die in den Zuständigkeitsbereich des Kreises fallen, und die finanziellen Auswirkungen aufzuzeigen.

Erledigte Punkte sind als solche zu kennzeichnen. Die Auflistung ist dem Kreistag zu den Haushaltsberatungen 2020 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

4. Die Verwaltung wird aufgefordert, ihre Schulträgeraufgabe bzw. politische Willensbildungsaufgabe an Schulen im Rahmen ihrer zu wahrenen politischen Neutralität auszuüben

TOP III. 8. DS X/1052 Bürgerbeteiligung Mobilitätskonzept

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann (FDP) mit Bericht aus dem EUKA, Linke (GRÜNE) mit Bericht aus dem HFA, Hoffmann (FDP) für die Fraktion, Mosler (CDU), Güttler (SPD) bei einer Zwischenfrage des Abg. Hoffmann (FDP) und Linke (GRÜNE).

Die Punkte der Beschlussvorlage werden einzeln abgestimmt.

Punkt 1 wird bei NEIN-Stimmen der FDP und des FL und JA-Stimmen vom Rest des Hauses **mehrheitlich beschlossen**.

Punkt 2 wird bei NEIN-Stimme des FL und Enthaltungen aus der AFD und der FDP-Fraktion und JA-Stimmen vom Rest des Hauses **mehrheitlich beschlossen**.

Punkt 3 wird bei NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von AFD, FDP und FL und JA-Stimmen vom Rest des Hauses **mehrheitlich beschlossen**.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Durchführung einer Bürgerbeteiligung begleitend zur Erstellung des

Mobilitätskonzepts für den Rheingau-Taunus-Kreis als Pilot-Thema wird zugestimmt.

2. Hierfür wird der Verfahrenstyp II gemäß dem am 18. Juni 2019 beschlossenen Strategiepapier Bürgerbeteiligung festgelegt.
3. Die Pilotphase der Bürgerbeteiligung startet im zweiten Halbjahr 2019.

TOP III. 10. DS X/996 Kalmenhof Idstein: Sternenhaus und Turnhalle nicht abreißen; hier: Antrag Nr. 15/19 der Fraktion die LINKE vom 21.05.2019, eingegangen am 22.05.2019

Abg. Pörtner (LINKE) legt einen geänderten Hauptantrag (**Anlage 16 der Niederschrift**) vor und begründet diese Änderung. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Zarda (CDU) bei einer Zwischenfrage des Abg. Pörtner (LINKE), Reineke-Westphal (GRÜNE), Bauer (SPD) und Hoffmann (FDP).

Im Anschluss erklärt der Abg. Pörtner (LINKE), dass der Antrag für die Sitzung zurückgestellt wird.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP III. 14. DS X/1055 Rheingau-Taunus-Kreis erklärt den Klimanotstand; hier: Antrag Nr. 23/19 der LINKEN-Fraktion vom 25.07.2019

Zum Tagesordnungspunkt liegen folgende Anträge vor:

1. Änderungsantrag der SPD (**Anlage 17 der Niederschrift**), der im Verlauf der Beratung nicht mehr abgestimmt wird, da er Eingang in die EUKA-Empfehlung gefunden hat.
2. Änderungsantrag des Abg. Klein (**Anlage 18 der Niederschrift**)
3. Änderungsantrag der AFD (**Anlage 19 der Niederschrift**)
4. Änderungsantrag der CDU (**Anlage 20 der Niederschrift**)

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Hoffmann (FDP) mit Bericht aus dem EUKA, Pörtner (LINKE) zur Antragsbegründung und Gagel (AFD).

Abg. Gagel (AFD) moniert bei der Sitzungsleitung, dass der Abg. Rabanus (SPD) scheinbar seinen Redebeitrag gefilmt habe und dies gegen die Geschäftsordnung des Kreistages verstoßen würde. Auf Nachfrage von KTV Willsch erklärt der Abg. Rabanus (SPD), dass er

nicht in der Sitzung gefilmt habe.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, A. (FDP) bei einer Zwischenfrage des Abg. Zarda (CDU), Stolz (CDU), der darum bittet, den CDU Änderungsantrag einzeln abzustimmen, Klein (FL) mit Begründung zum Änderungsantrag, Sinß (SPD), Rossow (FWG) und Linke (GRÜNE).

Auf der Grundlage der EUKA-Empfehlung lässt KTV Willsch wie folgt abstimmen.

Der Änderungsantrag des Abg. Klein wird bei

JA-Stimmen von FDP und 1 FL
Enthaltungen aus der CDU-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Änderungsantrag der AFD-Fraktion wird bei

JA-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
NEIN-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

KTV Willsch ruft sodann den CDU-Änderungsantrag in seinen Einzelpunkten zur Abstimmung auf.

Zu I. Punkt 1 wird der Antrag bei

NEIN-Stimmen von den GRÜNEN und 1 FL und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Zu II. Punkt 1 wird der Antrag bei

NEIN-Stimmen von der AFD und 1 FL und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Der Antrag, bei II. Punkt 2 zu streichen wird bei

NEIN-Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und LINKEN

Enthaltungen von der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Der Antrag, bei II. Punkt 3 zu streichen wird bei

NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von GRÜNEN und LINKEN
Enthaltungen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Der Änderungsantrag zu II. Punkt 5 wird bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Die Vorlage wird sodann in der Fassung des EUKA mit den beschlossenen Änderungen bei

NEIN-Stimmen der Fraktionen von AFD und FDP
Enthaltungen des 1 FL und 1 FDP und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

I. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises nimmt zur Kenntnis:

1. dass die Klimakrise eine Bedrohung für Wohlstand, sozialen Frieden und Zukunftschancen der heute lebenden, aber vor allem der nachfolgenden Generationen darstellt.
2. dass bisherige Einzelbeschlüsse und -maßnahmen des Landkreises in Sachen Klimaschutz als Schritte in die richtige Richtung zu einem Maßnahmenkatalog zu verdichten und weiterzuentwickeln sind.
3. dass der Rheingau-Taunus-Kreis seine Anstrengungen deutlich verstärken und beschleunigen muss, um seinen Beitrag zur Einhaltung der international vereinbarten Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C zu leisten.

II. Der Kreistag beschließt:

1. Klimaschutz ist auch eine kommunale Aufgabe hoher Priorität.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, bis Mitte 2020 Strukturen und Verfahren für den Landkreis und seine Einrichtungen zu entwickeln, die sicherstellen, dass der Klimaschutz als wichtiger Aspekt kommunalen Handelns auf allen Ebenen und in allen Prozessen verankert wird.
3. Der Kreisausschuss wird gebeten, die Städte und Gemeinden des Rheingau-Taunus-Kreises zur Bekämpfung der Trockenheit in den Wäldern und zur Sicherung der Wasserversorgung zu unterstützen.

**TOP III. 17. DS X/1058 Einführung des Jugendtaxi im Rheingau-Taunus-Kreis;
hier: Antrag Nr. 26/19 der SPD-Fraktion vom 25.07.2019,
eingegangen am 29.07.2019**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Wiczorek (SPD) zur Antragsbegründung, Linke (GRÜNE) zur Begründung des Änderungsantrages (**Anlage 21 der Niederschrift**), Pfenning (SPD) mit Bericht aus dem JUBIS, Müller-Klepper (CDU), Linke-Diefenbach (FDP), Mayer, K. (AFD) und KB Merkert.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass sie den Änderungsantrag übernimmt. Der so geänderte Antrag wird bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und
JA-Stimmen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten, für die Inanspruchnahme der Leistung ein einfacheres Verfahren zu entwickeln als in der Stellungnahme des KA vom 18.06.2019 (DS X/932) dargelegt.
2. Die hierfür benötigten finanziellen Mittel sind entsprechend vorzusehen.
3. Der Kreisausschuss wird gebeten, zwecks einer finanziellen und organisatorischen Beteiligung der Kommunen im Kreis mit diesen in entsprechende Gespräche einzutreten.

**TOP III. 18. DS X/1067 Starke Heimat Hessen;
hier: Antrag Nr. 27/19 der AFD-Fraktion vom 31.07.2019**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Gagel (AFD) zur Begründung des Antrages, Linke (GRÜNE) mit Bericht aus dem HFA, Stolz (CDU) und Müller, St. (FDP).

Der Antrag wird sodann bei

JA-Stimmen aus der AFD-Fraktion und 1 SPD
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU und GRÜNEN und
Enthaltungen vom Rest des Hauses
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP II. 15. DS X/1061 Memorandum CityBahn

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Weimann (CDU) mit Bericht aus dem EUKA, Müller, St. (FDP), Güttler (SPD), Stolpp (GRÜNE) und KB Döring.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Das beigefügte Memorandum „Warum ESBO und nicht BOStrab“ des RA Kirfel wird zur Kenntnis genommen.

**TOP III. 1. DS X/1014 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet "Ober der Hardt", Bad
Schwalbach; Grundsatzbeschluss**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

**TOP III. 9. DS X/995 Ehemaliges Krankenhaus des Kalmenhofes und die
Gräberfelder zum Mahnmal für die Euthanasieopfer in der**

**Nazizeit machen; hier: ANtrag Nr. 14/19 der Fraktion die LINKE
vom 20.05.2019, eingegangen am 22.05.2019**

Abstimmungsergebnis: **zurückgestellt**

**TOP III. 12. DS X/1002 Kostenfreies Busticket für Kreisbedienstete;
hier: Antrag Nr. 18/19 der SPD-Fraktion vom 22.05.2019**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

**TOP III. 16. DS X/1057 Das Land muss die finanziellen Auswirkungen des
Bundesteilhabegesetzes ausgleichen;
hier: Antrag Nr. 25/19 der SPD-Fraktion vom 29.07.2019**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

KTV Willsch schließt die Sitzung um 19.26 Uhr und dankt allen Anwesenden für die konstruktive Mitarbeit.

Bad Schwalbach, 02. September 2019

.....
(Klaus-Peter Willsch)
Kreistagsvorsitzender

.....
(Harald Rubel)
Schriftführer